

Unternehmen sind selber schuld, wenn ihnen niemand vertraut

Überrissene Managerlöhne und Skandale wie bei Postauto oder Raiffeisen untergraben den Rückhalt der Firmen in der Bevölkerung. Sie sollten aus Eigeninteresse masshalten, schreibt **Peter Burkhardt**

Eine neue Umfrage zeigt, dass junge Schweizerinnen und Schweizer das Vertrauen in die Wirtschaft verlieren. Damit sind sie nicht alleine. Die Leserbriefspalten der Zeitungen sind voll mit Kommentaren zorniger Bürgerinnen und Bürger, die sich über den Postauto-Skandal, den Fall Raiffeisen/Vincenz oder überrissene Managergehälter aufregen. Ebenfalls für Wut sorgen die nicht abreissenden Bestechungsfälle bei Novartis, die mutmassliche Terrorfinanzierung von LafargeHolcim in Syrien, die heiklen Deals von Glencore im Kongo, die Steuervermeidungskonstrukte in Panama oder die Verwicklungen von SBB-Präsidentin Monika Ribar in Angola.

Gewiss: In der Schweiz machen kleine und mittelgrosse Unternehmen 99 Prozent der Firmen aus. Die meisten von ihnen arbeiten ehrlich und sauber, ebenso die Mehrheit der Grossunternehmen. Doch immer wieder verletzen Wirtschaftsführer das seit Jahrhunderten in Europa verbreitete Prinzip des ehrbaren Kaufmanns. Sie übersehen dabei, dass es in einem demokratischen System unabdingbar ist, das Vertrauen der Bevölke-

rung immer wieder neu zu gewinnen. Doch in den vergangenen Jahren scheint vermehrt das Gegenteil der Fall zu sein.

Ein wichtiger Auslöser für den Vertrauensschwund war die Finanzkrise von 2007/09. Ein zweiter sind die nicht vermittelbaren Millionengehälter, die vor allem in Grosskonzernen bezahlt werden. Diese Woche wurde bekannt, dass Roche-Chef Severin Schwan mit einer Vergütung von 13 Millionen Euro seine Position als Topverdiener unter Europas führenden Managern behauptet hat. Und dass mit UBS-Chef Sergio Ermotti und Novartis-Chef Joe Jimenez zwei weitere Schweizer Konzernchefs in den Top 5 sind.

Nein, es ist nicht Missgunst, wenn man sich dagegenstemmt. Es geht um Klugheit: In einer Demokratie ist es schädlich, sich mit zweistelligen Millionenlöhnen von der Bevölkerung und der eigenen Mitarbeiterschaft abzuheben. Es ist unklug, die Umwelt zu verdrecken, soziale Standards zu verletzen oder bei der Steuerflucht behilflich zu sein. Denn die Folge ist, dass die Gesetzesflut weiter zunimmt. Ein Beispiel ist die Kon-

«Immer wieder verletzen Wirtschaftsführer das Prinzip des ehrbaren Kaufmanns»

Peter Burkhardt,
Wirtschaftschef



zernverantwortungsinitiative, über die wir bald abstimmen. Ein anderes die Durchsetzungsinitiative zur Abzockerinitiative von Thomas Minder, mit der die Gewerkschaften liebäugeln. Dass es so weit kommt, haben jene zahlreichen Unternehmen zu verantworten, die das von Minder durchgesetzte Verbot von Antritts- und Abgangsentschädigungen umgehen.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, welchen politischen Schaden unverantwortliches Handeln anrichtet, und zwar letztlich für die Unternehmen selber. Sie und ihre Verbände sollten deshalb dagegen vorgehen. Doch der Unternehmensdachverband Economiesuisse ist seit Jahren gelähmt, die Bankiervereinigung so zerstritten wie noch nie. Sie sollten sich im eigenen Interesse wieder zusammenschliessen und auf ihre Mitglieder einwirken, ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen.

Gelingt das nicht, provozieren die Übeltäter unter den Unternehmen weitere Volksinitiativen, die die Freiheit aller Firmen – auch der ehrbaren – einschränken. Sie sollten also aus purem Eigeninteresse masshalten. **Wirtschaft — 35**